

Newsletter 06/23, 30. Juni 2023

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

in der letzten Sitzungswoche haben wir im Deutschen Bundestag eine kontroverse Debatte über die Zukunft des ländlichen Raums geführt.

Die Ampel-Regierung hat den ländlichen Raum nämlich unseres Erachtens abgeschrieben und betreibt Politik für Großstädte. Anders lassen sich die im Bundeshaushalt geplanten Kürzungen bei der regionalen Wirtschaftsstruktur, der Agrarstruktur, des Küstenschutzes, der Städtebauförderung und den Aussagen zur Entwicklung der Krankenhausstruktur nicht erklären.

Dies zeigt sich auch im Kontext der aktuellen EU-Pläne bei der Regulierung von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft. Derzeit finden auf EU-Ebene die Verhandlungen zur Maßnahmenverordnung „Sustainable Use Regulation“ (SUR) statt. Die EU-Kommission möchte mit der Verordnung die EU-Mitgliedsstaaten gesetzlich verpflichten, den chemischen Pflanzenschutzmitteleinsatz bis 2030 zu halbieren. In Schutzgebieten (Natura 2000 Gebieten) soll zudem ein Kompletterverbot greifen.

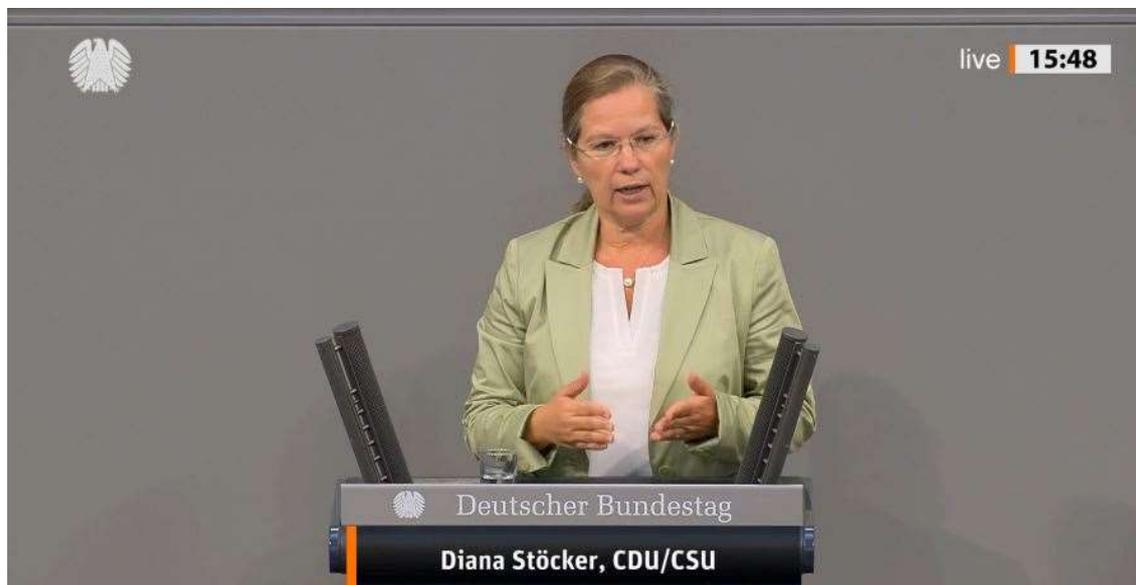
Als Unionsfraktion haben wir in der letzten Sitzungswoche daher den Antrag „Den Fortbestand des Deutschen Weinbaus schützen – Pflanzenschutzmittelreduktion und

Weinbau in Deutschland zukunftssicher vereinbaren“ in den Deutschen Bundestag eingebracht. Damit haben wir die Bundesregierung aufgefordert, sich in den Verhandlungen auf EU-Ebene gegen wissenschaftlich ungerechtfertigte Pauschalverbote einzusetzen. Andernfalls drohen in Deutschland erhebliche Ertragseinbußen von jährlich bis zu rund sieben Millionen Tonnen Getreide. Dabei hat angesichts des globalen Kontextes Ernährungssicherheit und -souveränität nochmal eine ganz andere Bedeutung bekommen.

Der Erhalt der über Jahrhunderte gewachsenen Kulturlandschaften geht nicht ohne die Landwirtschaft und schon gar nicht gegen sie. In meinem Bundestagswahlkreis gehören offen gehaltene Landschaften im Oberen Wiesental oder Rebflächen im Markgräflerland zum unsere Heimat prägenden Landschaftsbild.

Auch in anderen Politikbereichen wird der ländliche Raum vernachlässigt. Über die Hälfte der bundesdeutschen Bevölkerung lebt in ländlichen Regionen (57 Prozent). Diese müssen auch in Zukunft attraktiv und lebenswert bleiben. Dafür werde ich mich mit meinen Kolleginnen und Kolleginnen der Unionsfraktion weiter stark engagieren!

Ihre



Meine 16. Rede im Bundestag

Meine 16. Rede im Plenum des Deutschen Bundestages hielt ich zum Gesetzentwurf „Arzneimittel-Lieferengpass-bekämpfungs- und Versorgungsverbesserungsgesetz“. Ich hob darauf ab, dass der Gesetzentwurf von der Ampel-Koalition mit den Worten begleitet wird: „Man habe sich auf Maßnahmen konzentriert, die national gut umsetzbar seien und helfen würden, kurzfristige Engpässe zu überbrücken.“

Genau so kurzsichtig ist das Gesetz. Ich erkenne im Gesetzesentwurf - abgesehen von den fachfremden Änderungsanträgen - keine strukturellen und langfristigen Maßnahmen, keine gezielte Strukturpolitik. Es ist eben nicht nur ein nationales Problem. Gerade zu den globalen Fragestellungen gibt es im Gesetz keine Antwortvorschläge. Denn, wenn ein Medikament nicht in größeren Mengen produziert wird oder nicht ins Land kommt, dann ist es eben auch nicht im Großhandel und nicht in der Apotheke erhältlich.

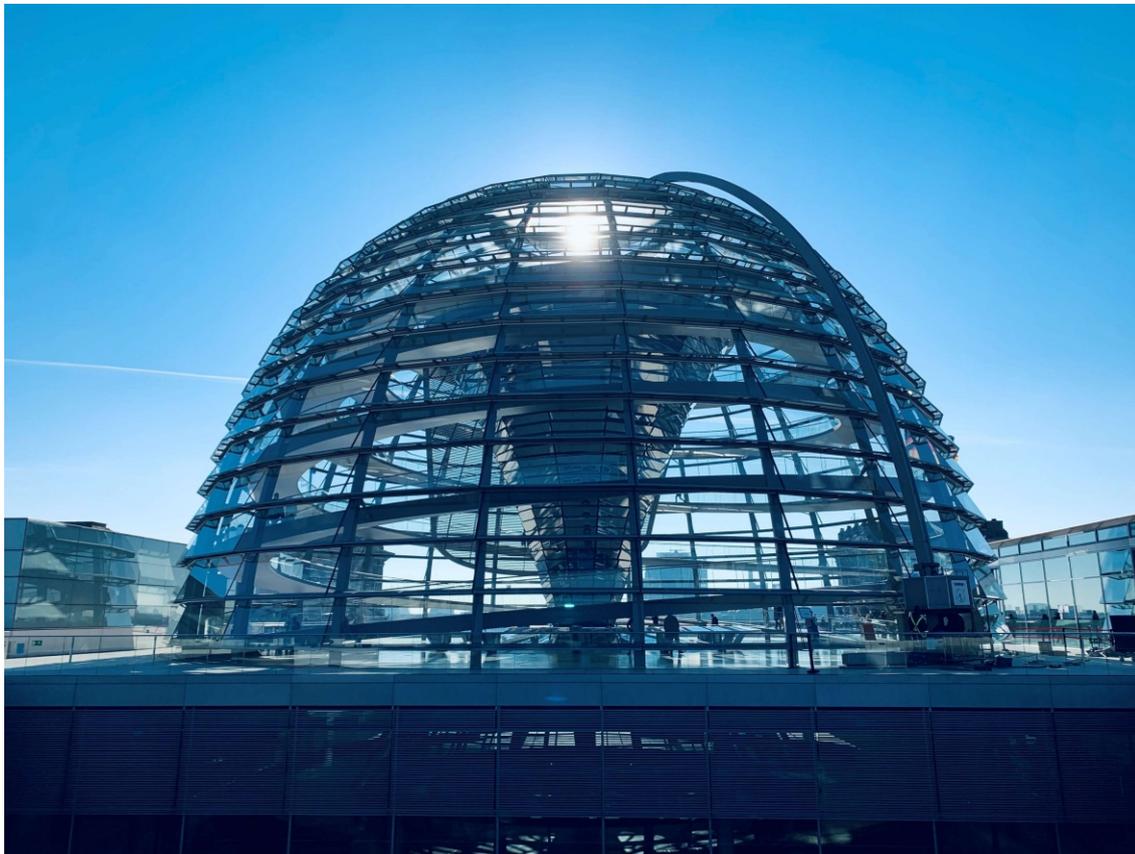
Woher sollen jetzt Hersteller kommen, die mehr Vorräte produzieren? Wie will man die Produktion eines Werkes ausweiten, das bereits unter Vollast läuft? Gezielte Strukturpolitik bedeutet, Lieferketten zu diversifizieren; gezielte langfristige Strukturpolitik bedeutet, deutsche und europäische Produktionsstandorte zu erhalten und deren Aufbau zu fördern.

In der vergangenen Legislaturperiode wurden bereits erste Maßnahmen ergriffen, um die Versorgungssicherheit zu verbessern und Ursachen für Lieferengpässe zu verringern. So wurden unter anderem Meldepflichten für versorgungsrelevante Arzneimittel eingeführt und ein Beirat zur Versorgungslage beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte geschaffen. Auch die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2020 wurde dazu genutzt, das Thema Lieferketten/Medikamentenengpässe auf europäischer Ebene auf die Tagesordnung zu setzen. Diese Anstrengungen waren wichtig und hätten schon längst weiter intensiviert werden müssen! Anstrengungen, und zwar höchste, leisten auch unsere Apotheken in Deutschland. Der Zusatzaufwand bei einem Medikamentenengpass und vor allem das Fixum muss dringend erhöht werden, um den Apotheken eine Zukunft zu geben.

Was bringen uns Gesundheitskioske, die mühsam aufgebaut werden müssen und dann Parallelstrukturen schaffen? Wir haben bereits ein Netz von Gesundheitskiosken in Deutschland: Unsere Apotheken. Sie sind die bessere Alternative, die niederschwellig und noch in einem dichten Versorgungsnetz für alle Menschen erreichbar sind. Das hat sich auch gerade in der Pandemie gezeigt.

In meiner Rede fordere ich die Regierung auf, die Idee der Gesundheitskioske zu streichen und stattdessen die Apotheken vor Ort zu stärken! Ebenso müssen im ländlichen Raum die Kooperationen von Apotheken mit Hausärzten, Sozialstationen und weiteren Gesundheitsakteuren erkennbar gestärkt werden. Nur eine langfristige, gezielte und effektive Strukturpolitik hilft jetzt und zukünftig Mängel zu beheben. Nur ein attraktiver Wirtschaftsstandort Deutschland wird unabhängiger von globalen Lieferketten sein.

Hier können Sie das Video meiner Rede ansehen: <https://youtu.be/rOpcvAVSBlw>



Plenarwoche vom 19. Juni bis 23. Juni

Das waren Themen in dieser Sitzungswoche:

Unser Leitantrag der Woche: „Schiene in die Zukunft führen – Deutsche Bahn neu aufstellen.“

Bei der Deutschen Bahn kann es nicht so weitergehen wie bisher. Das Unternehmen muss grundlegend neu aufgestellt werden. Es braucht einen echten Quantensprung im Personen- und Güterverkehr. In unserem Leitantrag schlagen wir deshalb vor, die Infrastruktur vollständig vom Transportbereich zu trennen. Die Struktur von über 700 Tochterunternehmen muss entflochten werden. Die Vorgaben des Bundes müssen künftig verbindlich umgesetzt werden. Der Verkehrsminister sollte hierfür mehr Einflussmöglichkeiten erhalten, dafür dann aber auch die Gesamtverantwortung für die Umsetzung der Bahnpolitik tragen. Die Deutschen Bahn hat die notwendigen Investitionen in den Aus-, Um- und Neubau der Schiene nicht getätigt. Dabei hat sie vom Eigentümer Bund dafür viele Milliarden Euro erhalten, unter anderem über die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen I bis III und das „1000 Bahnhöfe-Programm“. Die Ampel plant aktuell nur geringfügige Änderungen bei der Bahn. Von einer echten Reform sind die Vorschläge weit entfernt.

Aktuelle Stunde: „Strukturförderung ist Gemeinschaftsaufgabe - Ampel-Kürzungspläne stoppen“

In der Bundesregierung gibt es Überlegungen, die Mittel für die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, der Agrarstruktur, des Küstenschutzes und die Städtebauförderung zu kürzen. Diese Förderungen sind seit Jahrzehnten das zentrale

Instrument der Unterstützung ländlicher Räume. Strukturschwache Regionen werden unterstützt, Standortnachteile bei Investitionen ausgeglichen und Anreize zur Schaffung von Einkommen und Beschäftigung gesetzt. Die Förderung schafft Arbeitsplätze, setzt zusätzliche Wachstumsimpulse und trägt somit zum Abbau regionaler Unterschiede und gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland bei. Darum sind die von der Bundesregierung beabsichtigten Kürzungen ein fatales Signal für die ländlichen Räume in Deutschland. Viele Projekte könnten deutschlandweit vor dem Aus stehen oder erst gar nicht mehr begonnen werden. Gerade in wirtschaftlich unsicheren Zeiten brauchen Länder und Kommunen jedoch finanzielle Planungssicherheit. Statt impulsiver Kürzungsideen muss die Ampel endlich ihre Hausaufgaben machen. Dazu gehört eine umfassende Auf- sowie Ausgabenrevision und eine nachvollziehbare Prioritätensetzung in der Haushaltspolitik.

Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, ihre Pläne zum Förderstopp für ländliche Regionen zurückzunehmen. Die Stärkung regionaler Wirtschaftsstruktur in strukturschwachen Regionen, vor allem auch in Teilen Ostdeutschlands, ist eine wichtige staatliche Aufgabe und leistet einen wichtigen Beitrag zum Erreichen gleichwertiger Lebensverhältnisse. Mittelstand und Handwerk, Land- und Forstwirtschaft, Küsten- und Hochwasserschutz müssen weiter unterstützt werden. Die hier eingesetzten Mittel schaffen Arbeitsplätze und lösen oft ein Vielfaches an Investitionen aus. Der ländliche Raum darf nicht von der Ampel abgehängt werden.

Eine unserer weiteren Initiativen in dieser Woche: Gesetz zur Einstufung Georgiens und der Republik Moldau als sichere Herkunftsstaaten

Im Jahr 2022 wurden in Deutschland 244.132 Asylanträge gestellt. Allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres kamen weitere 87.777 Asylanträge hinzu. Darunter sind immer noch viele Asylanträge, die von vornherein sehr geringe Erfolgsaussichten haben. Diese Anträge sollten daher zügiger bearbeitet und entschieden werden.

Nationales und europäisches Recht bieten hierzu eine Möglichkeit: Die Einstufung von Staaten als sichere Herkunftsstaaten. Der Deutsche Bundestag beschloss bereits am 18. Januar 2019 ein Gesetz zur Einstufung Georgiens, Algeriens, Marokkos und Tunesiens als sichere Herkunftsstaaten. Dieses Gesetz wird aber bis heute von den Grünen im Bundesrat blockiert. Mit unserem Entwurf, den wir in erster Lesung debattieren, werden Georgien und die Republik Moldau als sichere Herkunftsstaaten eingestuft. Dadurch können Asylverfahren von Staatsangehörigen dieser Staaten nach § 29a des Asylgesetzes zügiger bearbeitet und – im Falle einer negativen Entscheidung über den Asylantrag – der Aufenthalt in Deutschland schneller beendet werden. Deutschland wird dadurch als Zielland für Personen, die Asylanträge aus nicht asylrelevanten Motiven stellen, weniger attraktiv.



Plenarwoche vom 12. bis 16. Juni

Das waren unsere Schwerpunkte in dieser Sitzungswoche:

Unser Leitantrag trug den Titel: „Bundeshaushalt für 2024 vorlegen, Haushaltskrise abwenden“

Das Unvermögen von Bundeskanzler Scholz und Bundesfinanzminister Lindner zur Aufstellung eines Bundeshaushalts zeigt die innere Zerrissenheit der Koalition. Anstatt utopischen Wünschen für immer mehr Ausgaben braucht es jetzt eine aufrichtige Ausgabenkritik. Der Bundeshaushalt muss Anreize für Wachstum setzen und darf die Deindustrialisierung Deutschlands nicht weiter befeuern. Wir fordern von der Ampel, noch vor der parlamentarischen Sommerpause einen Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2024 vorzulegen. Dabei sind jegliche Versuche, die Schuldenbremse zu umgehen, zu unterlassen. Stattdessen braucht es eine echte Prioritätensetzung, eine ernsthaft verfolgte Stelleneinsparung in den Ministerien und den Verzicht auf Steuererhöhungen. Wir werben für ein Bekenntnis zum Zwei-Prozent-Ziel der NATO. Zusätzlich sind Maßnahmen geboten, die zur Überwindung des Wirtschaftsabschwungs, zu langfristiger Preisstabilität sowie zu mehr Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum führen.

Unser Antrag „Bei der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems die richtigen Akzente setzen“

Die Beschlüsse der EU-Innenminister zur Reform des Europäischen Asylsystems sind ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die Ergebnisse reichen aber nicht aus, um die Asylmigration in die EU auf Dauer wirksam zu ordnen und zu begrenzen und für eine

angemessene Lastenverteilung in Europa zu sorgen. Das verpflichtende Grenzverfahren an der EU-Außengrenze entspricht einer langjährigen Forderung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Bundesinnenministerin Faeser hat sich mit ihrem Ziel, den Kreis der vom Grenzverfahren betroffenen Personen deutlich zu verkleinern, nicht durchsetzen können. Sie war damit in Europa weitgehend isoliert.

Auch weitere Aspekte der Einigung sehen wir kritisch: Wenn etwa bei der Verteilung von Asylbewerbern weitreichende Familienbeziehungen eine Rolle spielen sollen, wird gerade Deutschland durch die vielen möglichen Anknüpfungs-Personen, die schon im Land sind, zusätzlich belastet. Allen muss klar sein: Die Reform wird frühestens im Laufe des nächsten Jahres in Kraft treten. Von einem Erfolg wird man erst sprechen können, wenn die irreguläre Migration in die EU und nach Deutschland tatsächlich und spürbar sinkt. Unsere Kommunen, die jetzt schon jenseits der Belastungsgrenze sind, brauchen schnell Entlastung. Die Bundesregierung darf sich deshalb nicht hinter anstehenden Verhandlungen auf europäischer Ebene verstecken. Die Zahl neu ankommender Migranten muss jetzt runter gehen. Hier steht die Bundesregierung in der Pflicht.

DialogWERKSTATT

"Diagnose, Forschung, Therapien - Zukunftschancen für LongCovid und #ME/CFS erkrankte Kinder und Erwachsene in Deutschland verbessern"



"Wir müssen mehr gehört werden!" Dieser wichtige Satz steht am Ende eines informativen und spannenden Austausches in der DialogWERKSTATT über die Zukunftschancen für an LongCovid und Myalgische Enzephalomyelitis/ Chronische Fatigue-Syndrom (ME/CFS) erkrankte Kinder und Erwachsene auf Einladung von Diana Stöcker (CDU), direkt gewählte Abgeordnete im Wahlkreis Lörrach-Müllheim. Mehr gehört zu werden, ist sowohl ein Hilfeschrei als auch ein Plädoyer für gesamtgesellschaftliche Aufklärung und Prävention.

Diego Schmidt, Facharzt für Allgemeinmedizin, Diabetologie, Anästhesiologie und Notfallmedizin, gab einen Überblick wie die Krankheitssymptome und Hintergründe bei LongCOVID, PostVac und ME/CFS, wie die Diagnose gestellt wird und welche Therapien es gibt. Soleil Völkl und Lena Riepl, Mitglieder im Kernteam der Organisation "NichtGenesenKids Bayern", schilderten ihre persönlichen Erfahrungen als Mütter von betroffenen Kindern. Erich Irlsdorfer MdB, Mitglied des Gesundheitsausschusses und politischer Experte in Long COVID und ME/CFS, machte die Dringlichkeit für politische und gesamtgesellschaftliche Unterstützung deutlich.

Schmidt gab zu bedenken, dass die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse, und auch die Erfahrungen aus der Praxis, zeigen, dass das Post COVID Syndrom und ME/CFS sehr komplexe Symptommuster widerspiegeln. Diese entstehen vermutlich auf der Basis einer individuellen Disposition und unterschiedlicher auslösender Faktoren. Das heißt, die Entstehung der ME/CFS bzw. Long COVID Symptome ist Folge einer individuellen Patientengeschichte. Folglich wird es auch unterschiedliche Muster an Biomarkern oder klinischen Befunden geben, um die Diagnose zu sichern. Das müssten erfolgversprechende Therapieansätze berücksichtigen, unterstrich Schmidt. Es sei unwahrscheinlich, dass es eine für alle Betroffenen wirksame pharmakologische Lösung gibt. Umso wichtiger sei die Fokussierung auf die Prävention von Long COVID und ME/CFS. Hier stünden Maßnahmen zur Förderung eines gesunden Immunsystems im Vordergrund", erklärte der Facharzt.

Soleil Völkl und Lena Riepl betonten, dass wenn zum Beispiel nach einer Infektion eine Belastungsintoleranz auftritt, sei es auch bei Kindern wichtig, frühzeitig zu handeln - den Schulbesuch an den Gesundheitszustand anzupassen sowie die gesamte Bevölkerung über das Krankheitsbild ME /CFS aufzuklären.

Erich Irlstorfer wies darauf hin, dass Austauschformate wie die DialogWERKSTATT besonders wichtig seien, um den Menschen eine Stimme zu geben, die häufig nicht gehört werden. So auch den zehntausenden Kindern und Jugendlichen, die an Long-COVID, ME/CFS oder Post-Vac leiden. Für sie und ihre Eltern brauche es konkrete Entlastungsmaßnahmen in Form von sensibilisierten Lehrkräften sowie individualisierten und digitalen Lernmethoden. Die Unionsfraktion werde weitere Vorschläge einbringen und sich für die Betroffenen stark machen.

Nach dieser aufschlussreichen Veranstaltung, mit vielen eindrücklichen Beispielen aus realen Leidens- und Lebenslagen, ist mein Fazit, dass wir als Politiker noch stärker dazu beitragen müssen, dass es zu LongCovid und ME/CFS mehr Aufklärung und Information gibt. Das ist im Interesse der Betroffenen und der Gesellschaft. Diese ist sich den Auswirkungen der Krankheit noch nicht ausreichend bewusst, denn sie werden sich in ihrer vollen Tragweite erst langfristig zeigen. COVID-19 und andere Infektionskrankheiten sind nicht einfach verschwunden. Was wir dringend brauchen, sind mehr Forschungsgelder, um die Ursachen dieser Krankheit, Krankheitsverläufe und Krankheitsbilder besser zu verstehen.

Die vollständige DialogWerkstatt können Sie unter folgendem Link bei YouTube nachhören:

https://youtu.be/i9U-kn992_0

Delegation des Ausschusses für Gesundheit des Deutschen Bundestages in Dänemark



Viele Erkenntnisse und Impulse für unsere Arbeit im Ausschuss für Gesundheit des Deutschen Bundestages hat unsere Delegation in Kopenhagen und Region erhalten. Hauptthemen waren der Umbau der Krankenhausstruktur Dänemarks, Innovationen im Rettungsdienst und vor allem immer wieder die Digitalisierung der Gesundheitsdaten und Prozesse. Gerade letzteres beeindruckte unsere Delegation sehr.

Im Ministerium des Innern und für Gesundheit wurden uns Strukturen, Prozesse und aktuelle Herausforderungen des Gesundheitssystems in Dänemark dargelegt. Insbesondere auch, welche wichtige Rolle die Digitalisierung im Gesundheitssystem spielt, die seit Jahren konsequent durchgeführt wird. Beeindruckend, wie weit die Dänen hier bereits vorangeschritten sind. Alle Gesundheitsdaten ab Geburt stehen dort in einer elektronischen Patientenakte für alle Akteure des Gesundheitssystems zur Verfügung. Der Weg wird konsequent weiter beschritten, weil auch in Dänemark der Fachkräftemangel eklatant ist und gar keine andere Möglichkeit besteht als Prozesse digitaler, effizienter und kosteneffektiver aufzustellen.

Die Rolle der Regionen im dänischen Gesundheitssystem insbesondere bei der Führung und Finanzierung der wenigen dänischen Super-/ Innovativkrankenhäuser war spannend. Denn auch hier wurde festgestellt, dass diese eine gute stationäre medizinischen Nahversorgung in den Kommunen als Basis erfordern, insbesondere im ländlichen Raum!

Auch in Dänemark ist der Fachkräftemangel eklatant. Medizinische und Pflegefachkräfte fehlen an allen Ecken. Besonders interessant war daher für uns das eHospital: 24 Stunden

ist medizinisches Fachpersonal in der Leitstelle anwesend, die gemeinsam mit den Rettungskräften vor Ort entscheiden, ob die Person ins Krankenhaus muss, vom Krankenhaus oder der eKrankenschwester/-Pfleger daheim betreut werden kann oder in einem bestimmten Zeitraum wieder persönlich aufgesucht wird. Auch bei Entlassungen aus dem Präsenz-Krankenhaus spielt das eHospital eine wichtige Rolle.

Weitere Besuchstermine waren das politische Briefing durch den Botschafter Prof. Dr. Pascal Hector, ein Gespräch mit dem Unternehmen Corti A/S, die digitale Produkte insbesondere im Bereich Notfallversorgung und ambulante Behandlung entwickeln. Zudem redeten wir mit Prof. Dr. Robert Bering, Chefarzt in der dänischen Regionspsychiatrie Region West in Gødstrup.

Im Folketings/Parlament in Kopenhagen haben wir uns mit zwei Kolleginnen aus dem Gesundheitsausschuss ausgetauscht und das Parlamentsgebäude besichtigt.

Der Blick nach Dänemark hat sich gelohnt. Wir stehen vor denselben Herausforderungen. Natürlich ist Dänemark deutlich kleiner und weniger dicht besiedelt. Vieles kann man, so wurde uns gesagt, in dem Land lösen, weil man die Menschen auf den unterschiedlichen Ebenen gut kennt. Mir hat vor allem der pragmatische Zugang der Däninnen und Dänen gefallen: Strategien umsetzen und im Tun die Probleme, die sich ergeben, lösen.

Und natürlich habe ich auch die kleine Meerjungfrau am Hafen besucht.

Gedenkstunde zum Volksaufstand am 17. Juni 1953 in der DDR



Volksaufstand am 17. Juni 1953 in der DDR: Vor 70 Jahren stellten sich viele Bürgerinnen und Bürger in der DDR mutig den bewaffneten Volkspolizisten und den Sowjetpanzern entgegen. Die Menschen protestierten auf Straßen, Plätzen und Betrieben über die Zustände in der DDR. Ebenso forderten sie, die staatliche und kulturelle Einheit Deutschlands wiederherzustellen.

Der spontane Massenprotest erfasste die ganze DDR. Nur die Panzer der sowjetischen Besatzungsarmee konnte die SED retten und stabilisieren. Die Toten, Verletzten und Verschleppten mahnen uns heute daran, dass Unfreiheit schnell das Resultat aus instabiler Demokratie und fehlendem oder erodiertem Rechtsstaat ist. Die Proteste von SED und Sowjetpropaganda wurden als "faschistischer Putsch" diffamiert, der Kampf um nationale Selbstbestimmung und die Abkehr von Moskau als „faschistisch“ titulierte.

In einer sehr würdigen Gedenkstunde im Bundestag erinnerten wir uns an diesen Tag vor 70 Jahren. Stellvertretend für die Generation von 1953 wurden ergreifende Zeitzeugenberichte vorgestellt. Ein Tondokument aus einer Betriebsversammlung des Elektromotorenwerkes Wernigerode zeigte auf, dass die Belegschaft damals eine gesamtdeutsche Volksvertretung einforderte.

Der 17. Juni 1953 ist ein Schlüsselereignis in der deutschen Geschichte, doch bis heute fehlt ein zentraler Gedenkort der SED-Diktatur. Auch ich unterstütze ein neues Denkmal, um an die vielen Frauen und Männer zu erinnern, die am 17. Juni 1953 mutige Demokratiegeschichte geschrieben haben. Ein Denkmal mahnt auch kommende Generationen daran, dass unsere freiheitliche Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist.

Neues aus dem Wahlkreis



Gespräche im St. Elisabethen-Krankenhaus über die Auswirkungen der Krankenhausstrukturreform

Konstruktiver Austausch über die Zukunft der Kliniken des Landkreises Lörrach mit der Aufsichtsratsvorsitzenden Landrätin Marion Dammann, Sascha Sartor und Udo Lavendel (Geschäftsführung), Prof. Dr. Hans-H. Osterhues (Chefarzt Innere Medizin), Prof. Dr. Tilman Humpl (Chefarzt Kinder- und Jugendmedizin), Prof. Dr. Michael Bohlmann (Chefarzt Gynäkologie und Geburtshilfe) und Ulrike Krämer (Vorsitzende CDU-Stadtverband Lörrach) über das aktuell brennende Thema Krankenhausstrukturreform, Vorhaltefinanzierung und Fallpauschalen, Versorgungsstufen und Levelteilung und die Rolle der Länder, Ambulantisierung, sektorenübergreifende Versorgung und Reform der Notfallversorgung.

Gemeinsam stellten wir fest: Wir haben kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem! Denn alle Akteure sind sich einig, dass wir Reformen brauchen, dass es Krankenhausstrukturveränderungen braucht. Dennoch wissen nur die Länder und die Kommunen, welche regionale Struktur welche Versorgungsstruktur benötigt. Träger von Kliniken, die seit mehreren Jahren konsequent den Weg gehen, wie der Landkreis Lörrach (aus vier Krankenhäusern entsteht ein Zentralklinikum) dürfen bei der kommenden Reform nicht den Kürzeren ziehen, sondern bisherige Reformen honoriert werden. Wir brauchen auch mehr Gestaltungsspielraum für die Akteure vor Ort selbst, um neue regionale Modellprojekte anzustoßen. Natürlich ging es auch um fehlende Fachkräfte in der Pflege, Auswirkungen von Leiharbeit, Anerkennungsverfahren von ausländischen Fachkräften oder in Deutschland ausgebildeten ausländischen Pflegehilfskräften.

Die Gesprächspartnerinnen und -partner sprachen sich für eine einrichtungsbezogene

Anerkennung nach erfolgter Ausbildung aus, damit die Kräfte direkt eingesetzt werden können und nicht ins benachbarte europäische Ausland abwandern.

Apothekenalltag: In der Rosenapotheke in Rheinfelden



Bei meinem Besuch des Apothekerpaars Gießbach von der Rosenapotheke Rheinfelden (Baden) konnte ich einen hervorragenden Einblick in den Apothekenalltag bekommen: zu Medikamentenlogistik und Lieferengpässen, Fachkräftebedarf und großen betriebswirtschaftlichen Herausforderung einer Apotheke.

Aktuell schließen viele Apotheken, weil sich die Fixkosten wie Betriebskosten und Gehälter stark erhöht haben, gleichzeitig das Honorar seit Jahren stagniert und viele unter der zunehmenden Bürokratie leiden. Hinzu kommt, dass auch hier Fachkräfte fehlen.

Apotheken auf dem Land können sich auch kaum weitere Einnahme-Strukturen erschließen, um die Pflichten der Medikamentenversorgung wirtschaftlich zu stützen. Gemeinsam haben wir im Gespräch überlegt wie insbesondere im ländlichen Raum die Versorgung mit Medikamenten und Beratung durch Apotheken auch in der Zukunft sichergestellt werden kann.

Apotheken sind ein wichtiges Glied in der medizinischen Versorgung der Patientinnen und Patienten. Gerade auch in der Corona-Pandemie haben sie das Gesundheitssystem zuverlässig gestützt. Die Wertschätzung der geleisteten Arbeit fehlt!

Seit Monaten investieren Apotheken viel Zeit, um trotz Lieferengpässen Medikamente für Patientinnen und Patienten zu besorgen. Auch dies wird durch die aktuelle Gesundheitspolitik und Vergütung der Leistungen nicht anerkannt.

Dagegen protestierten tausende Apothekerinnen und Apotheker eindrucksvoll am deutschlandweiten Apotheken-Protesttag am 14. Juni in Berlin.

20 Jahre trinationale S-Bahn: Herzlichen Glückwunsch!



Seit 20 Jahren betreibt die SBB Deutschland, die deutsche Tochtergesellschaft der Schweizerischen Bundesbahnen AG, die beiden S-Bahn-Linien im Landkreis Lörrach – die Wiesentalbahn (S6) und die Gartenbahn (S5). Gefeierte wurde in Lörrach und Zell, der Endhaltestelle der S6. Schon viele Jahre lautet das Motto: „Die trinationale S-Bahn Basel ist eine Bahn mit Herz. Eine Bahn, die verbindet“. Das Logo ist daher auch ein „trinationales S-Bahn-Herz“. Zur Feier des Tages wurde ein Zug auf den Namen „bwegt“, der Mobilitätsmarke von Baden-Württemberg, getauft. Am Bahnhof Lörrach präsentierten der regionale Verbund RVL, die Marken "bwegt" und "Trireno" sowie die Unternehmen DB Netz, SBB AG und SBB Deutschland ihre Zukunftsprojekte.

Fachgespräch "Zukunft des ländlichen Raums" im Weingut Walz



Fachgespräch „Zukunft des ländlichen Raums“ auf meine Einladung hin im Weingut Walz mit Christina Stumpp MdB (Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft und stellvertretende Generalsekretärin der CDU Deutschland), Thomas Walz (Inhaber Weingut Walz, stellv. Präsident des Badischen und des Deutschen Weinbauverbandes), Klaus Schneider (Präsident des Deutschen Weinbauverbandes), Badischer Landwirtschaftlicher Hauptverband e.V. und kommunalpolitischen Akteuren aus der CDU-Heitersheim und Hartheim.

Die Herausforderungen für die Landwirtschaft sind enorm: Es fehlt an Planungssicherheit, Zukunftsperspektive und vor allem an politischer Unterstützung. Bis 2030 sollen 50 Prozent weniger Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden. Unter anderem soll der Einsatz in allen Schutzgebieten untersagt werden. Davon wären allein in Baden-Württemberg fast die Hälfte aller bewirtschafteten Felder, Wiesen und Weiden im Land betroffen. Wir vermissen jegliche Anstrengung von Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir gegen

die aktuellen EU-Pläne zum weitgehenden Verbot von Pflanzenschutzmitteln. Klaus Schneider, BLHV: „Mit den aktuellen EU-Plänen droht das Ende des Weinbaus in vielen Anbaugebieten. Der Verordnungsvorschlag der EU-Kommission würde klassischen Acker-, Obst-, Gemüse- und Weinbau in Schutzgebieten unmöglich machen.“

Für uns als Union steht außer Frage: Wir stellen uns gegen die aktuellen EU-Pläne. Landwirtschaft soll auf Klima- und Umweltschutz, auf Artenvielfalt und den Tierschutz achten - und muss gleichzeitig auch selbst mit den Folgen des Klimawandels zurechtkommen. Doch fehlt es an politischer Wertschätzung für die Landwirtschaft, insbesondere die familiengeführte Landwirtschaft.

Martin Schaber (CDU), Vorsitzender der CDU-Gemeinderatsfraktion, hob darauf ab, dass die Politik sich zur Zukunft des ländlichen Raums bekennen müsse. Bei den anstehenden Kommunalwahlen werde es entscheidend sein, deutlich zu machen, dass die CDU die Interessen und Bedürfnisse der Landwirtschaft wieder stärker betone.

Augenblicke



... hallo kleine Meerjungfrau! Schöner Abschluss meiner hoch informativen Dänemarkreise
... ... Stabwechsel bei der Jungen Union Bad Krozingen. Benjamin Backhaus übernimmt die Leitung. Viel Erfolg! ...



... auf der Kirschplantage der Familie Denzer Gespräche über die Situation der Obstbauern... ... meine Unterstützung für die World Vision Aktion in Berlin: "Gegen sexualisierte Ausbeutung von Kindern im Internet" ...

Wenn Sie mehr zu meinen Terminen wissen wollen,
dann folgen Sie mir gerne auf Social Media!
Selbstverständlich dürfen Sie diesen Newsletter auch gerne an interessierte
Personen weiterleiten.

Meine nächsten Termine (Auswahl)

Montag, 3. Juli: Für die CDU/CSU-Fraktion bei der Petitionsanhörung „Finanzierung der Weiterbildung für Psychotherapeutinnen und -therapeuten“

Dienstag, 04. Juli: Auf dem Podium beim „Hauptstadtsymposium“ zu Chancen und Risiken einer liberalen Drogenpolitik und Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit sowie das psychiatrische Versorgungssystem

Dienstag, 11. Juli: Besichtigung der neuen Dienststelle Diakonie Rheinfelden + Mitgliederversammlung Caritas Hochrhein

Mittwoch, 12. Juli: Betriebsbesuche in Bad Krozingen mit der MIT Südbaden und CDU Stadtverband Bad Krozingen

Mittwoch, 12. Juli, 18:30 Uhr: Auf dem Podium bei "Politik trifft Wirtschaft" von CDU Stadtverband Bad Krozingen und MIT Südbaden (Ort: Miele Center Burgert)

Donnerstag, 13. Juli: Auf dem Podium bei der BARMER Gesundheitskonferenz in Lindau zu „Qualität und Effizienz für eine zukunftsfähige Krankenhausversorgung“

Donnerstag, 13. Juli: Auf Einladung von Andreas Jung MdB beim „Runder Tisch Arzneimittel-Lieferengpässe“ mit Apothekern in Radolfzell

Montag, 17. Juli: Vortrag zu bundespolitischen Themen beim Rotary Club Lörrach

Dienstag, 18. Juli: Betriebsbesuche in Staufen mit dem CDU Stadtverband Staufen

Dienstag, 18. Juli, 19 Uhr: Auf dem Podium bei „Nachhaltigkeit & Klimaschutz: Global – National – Kommunal“ der CDU Stadtverband Staufen (Ort: Stubenhaus Staufen) mit Andreas Jung MdB

Mittwoch, 19. Juli: Sitzung des Kreistags Landkreis Lörrach

Samstag, 29. Juli: Lichterfest Bad Bellingen

Dienstag, 01. August, 18:30 Uhr: Auf dem Podium zu „Deutschlands größter Pflegedienst braucht Zukunft: Wie gelingt die Stärkung der pflegenden Angehörigen?!“ der CDA Südbaden und Seniorenunion Südbaden SAK Lörrach - Altes Wasserwerk Lörrach (Tumringer Str. 269). Mit Impulsvortrag und auf dem Podium Dr. Axel Schuhen (Silver Age GmbH), Rolf Steinegger (Caritasverband Hochrhein), Stefanie Britsche (pflegende Angehörige aus Lörrach), Moderation: Peter Weiß (Vorsitzender CDA)



Impressum

Diana Stöcker MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

diana.stoecker@bundestag.de

